

EU-Agrarreform ökologisch und sozial gestalten – Für den Erhalt bäuerlicher Landwirtschaft und lebenswerter ländlicher Räume

Die Reform für eine Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) ist von herausragender Bedeutung für Rheinland-Pfalz. 87 % aller Gemeinden in Rheinland-Pfalz liegen in ländlichen Räumen. Land- und forstwirtschaftliche Flächen umfassen ca. 84 % der Landesfläche. Die Unterstützung der Land- und Forstwirtschaft und die Entwicklung des ländlichen Raums müssen daher Schwerpunkte der rheinland-pfälzischen Politik sein.

Die GAP- Reform ist Voraussetzung für einen besseren Klima-, Umwelt- und Tier-schutz. Von ihr hängt die Existenz von Millionen landwirtschaftlichen Betrieben und ArbeitnehmerInnen in der EU ab. Ebenso werden mit der Reform die entscheidenden Weichen für die Ernährungssicherheit der Menschen weltweit gestellt. Die Reform wird den Weg vorgeben, ob sich die Landwirtschaft in Richtung eines billigen Rohstofflieferanten entwickelt oder ob die bäuerlich mittelständisch geprägten Betriebe und die guten Lebensmittel eine Zukunftschance haben.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Rheinland-Pfalz setzen sich für bessere Perspektiven der bäuerlichen Betriebe und der ländlichen Räume ein. Da viele rheinland-pfälzische Landwirte im Wettbewerb auf dem Weltmarkt ohnehin wenige Chancen mit Massenprodukten haben, muss die verbreitete Politik des „Wachsens und Weichens“ endlich durchbrochen werden. Stattdessen brauchen wir möglichst viele heimische Qualitätsprodukte, die auch in unseren Verbrauchermärkten erfolgreich vermarktet werden. Das stärkt die mittelständischen landwirtschaftlichen Betriebe sowie die regionale Wertschöpfung und eröffnet ihnen neue Entwicklungsperspektiven.

EU-Agrarkommissar Dacian Ciolos hat am 12. Oktober die Reformvorschläge der EU-Kommission für eine Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) vorgestellt. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Rheinland-Pfalz begrüßen grundsätzlich die von der EU-Kommission vorgelegten Pläne, die GAP zukünftig ökologischer und sozialer auszurichten. Der neue Grundsatz "Öffentliches Geld für öffentliche und gesellschaftlich erwünschte Leistungen" entspricht unseren langjährigen Forderungen und muss auch in Zukunft maßgebend sein. Auch geht der Kommissionsvorschlag in die richtige Richtung, die Erzeugerorganisationen und Branchenverbände zu fördern und kurze Absatzwege zwischen Erzeugern und Verbrauchern zu entwickeln.

Trotz allen Wohlwollens sind für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Rheinland-Pfalz die von der EU-Kommission vorgestellten Ansätze für die ökologischere Ausrichtung der Direktzahlungen (Greening) nicht ausreichend. Im Bereich der Marktordnungen und

der Finanzen sehen wir erhebliche Probleme. Weitergehende Schritte müssen in den jetzt anstehenden Verhandlungen mit dem EU-Parlament und den Mitgliedsstaaten folgen.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern die schwarz-gelbe Bundesregierung mit Landwirtschaftsministerin Aigner auf, die nötige Neuausrichtung der GAP nicht länger als Hauptbremserin zu blockieren und den Interessen der Agrarindustrie das Wort zu reden, sondern endlich für eine zukunftsfähige bäuerliche Landwirtschaft zu streiten.

Die geforderte Ökologisierung der Agrarförderung darf nicht zum "Greenwashing" verkommen. Unerlässlich sind reale und zielführende Verbesserungen für eine flächendeckende, wettbewerbsfähige, verbraucherfreundliche, umwelt-, klima- und tiergerechte Landwirtschaft. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Rheinland-Pfalz begrüßen die Initiative der grün geführten Agrar- und Umweltressorts, die es auf der Agrar- und Umweltministerkonferenz geschafft haben, in schweren Verhandlungen einen Länderbeschluss herbeizuführen. Darin wird ein Systemwechsel der Agrarförderung befürwortet. Die Länder sprechen sich auf Initiative der Grünen Agrarministerin/Agrarminister dafür aus, dass die Direktzahlungen zukünftig an reale Umweltleistungen („Öffentliches Geld für öffentliche Leistungen“) gebunden werden und dass Grünland nicht mehr umgebrochen werden darf. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Rheinland-Pfalz bedauern, dass die CDU/FDP-geführten Länder weitergehende Forderungen für mehr Umweltschutz und nach sozialer Gerechtigkeit nicht zugestimmt haben. Dazu gehören die betriebsgrößenabhängige Kappung der Direktzahlungen, die Bindung der Direktzahlungen an die Arbeitsplätze und die klare Absage an die Deregulierung der Märkte.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Rheinland-Pfalz fordern die Bundesregierung auf, sich jetzt auf EU-Ebene nachdrücklich für das Greening und die konkreten Vorschläge der Länder einzusetzen. Eiweißpflanzen sollen als „Greening-Maßnahme“ angebaut werden können, um Direktzahlungen zu erhalten. Nur so ist der Import von eiweißhaltigen Futtermitteln aus Entwicklungsländern, wie z.B. Soja, die meistens mit Gentechnik hergestellt wurden und die Umwelt zerstören, zu verringern. Die Bundesregierung muss sich dafür einsetzen, dass die mangelhaften Vorgaben für die Fruchtfolge weiter verbessert werden, um z.B. Mais-Monokulturen zu verhindern. Das vorgeschlagene Verbot des Grünlandumbruchs darf nicht erst zum 1. Januar 2014 kommen, sondern muss ab sofort gelten. Sonst werden die nächsten Jahre zu „Grünlandumbruchjahren“ und heizen durch die Freisetzung von CO₂ noch zusätzlich den Klimawandel an. Zudem werden viele ökologisch wertvolle Flächen umgebrochen, die für die Erhaltung der Artenvielfalt von großer Bedeutung sind.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Rheinland-Pfalz lehnen eine Kürzung der Mittel für die Entwicklung der Ländlichen Räume strikt ab. Dies Mittel müssen aufgestockt und in sinnvollen Programmen eingesetzt werden, um eine weitere Industrialisierung der Landwirtschaft zu verhindern und die neuen Herausforderungen, wie z.B. der Erhalt der Arbeitsplätze im Ländlichen Raum und der Schutz der Artenvielfalt, zu bewältigen.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Rheinland-Pfalz begrüßen und unterstützen ausdrücklich das von der Landwirtschaftsministerin von Rheinland-Pfalz und den Landwirtschaftsministern von Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg 20-Punkte-Pro-

gramm für eine umfassende Reform der GAP, das sie im September der Öffentlichkeit vorgestellt haben und das insbesondere in Brüssel auf eine positive Resonanz gestoßen ist.

Die Landesdelegiertenversammlung von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Rheinland-Pfalz fordert:

- Im Rahmen der EU-Agrarreform muss sich die Bundesregierung aktiv für die Stärkung einer bäuerlichen mittelständischen Landwirtschaft einsetzen, die Arbeitsplätze schafft sowie umwelt- und tierverträglich wirtschaftet.
- Die Bundesregierung muss auf EU-Ebene den Greening-Ansatz und die hierzu von Rheinland-Pfalz gemachten Vorschläge unterstützen. Die Direktzahlungen sollen an definierte ökologische Leistungen gebunden werden. Zudem muss eine arbeitsplatzbezogene Ausrichtung der Direktzahlungen erfolgen.
- Die Bundesregierung muss nachhaltige Forschungsmaßnahmen und Innovationen in der Landwirtschaft intensiv fördern und die Entwicklungsförderung der Agrotechnik beenden.
- Es müssen weiterhin ausreichende finanzielle Mittel in die ländlichen Räume für die Agrarumweltprogramme und die Regionalentwicklung fließen, um in Rheinland-Pfalz und auch in anderen europäischen Ländern gezielt Arbeitsplätze, Umwelt und Artenvielfalt zu sichern;
- Die Milcherzeugung und die Wein- und Zuckerpolitik ist an der Nachfrage auszurichten und entsprechend die Regelungsinstrumente zu unterstützen. Einer Deregulierung der Märkte muss die Bundesregierung entgegenreten.
- Die Landwirte in den Mittelgebirgsregionen müssen weiter gefördert werden, um naturräumliche Standortnachteile auszugleichen. Die Gebietskulisse für die Ausgleichszulage in Rheinland-Pfalz muss nach den bisherigen Kriterien in der zweiten Säule erhalten bleiben.
- Die EU-Kofinanzierungsanteile insbesondere auch für die sogenannten neuen Herausforderungen - Klimaschutz, Wassermanagement, erneuerbare Energien und Biodiversität – müssen deutlich angehoben werden.
- Die Anliegen der Gewerkschaften und der Agrar- und Umweltbündnisse im Bezug auf Arbeitskraftbindung, Arbeitssicherheit und (Fort-) Bildung aufzunehmen.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN unterstützen den Einsatz der Landesregierung für die Stärkung einer flächendeckenden bäuerlichen und modernen mittelständischen Landwirtschaft und die bereits eingeleiteten Maßnahmen. Sie begrüßen die Haltung der Landesregierung gegen eine weitere "Agro-Industrialisierung" der Landwirtschaft und fordern sie auf, den eingeschlagenen Weg in der Neuausrichtung der rheinland-pfälzischen Landwirtschaft weiter zu verfolgen.